

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einführung und Bestandsaufnahme	1
<i>Erster Teil: Ideologische, gesellschaftspolitische sowie rechtliche Grundlagen, Rahmenbedingungen und Vorfragen ...</i>	
11	
A. Status jüdischer Gemeinden auf dem Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone bzw. der Deutschen Demokratischen Republik im Zeitraum 1918 bis 1945.....	11
B. Jüdische Gemeinden in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik	19
C. Rechtssubjektivität der jüdischen Gemeinden – Quo vadis Körperschaftsstatus?	41
D. Neugründung oder Fortbestand – Rechtsnachfolge oder rechtliche Identität?	73
E. Das spezifische „Wiedergutmachungs- bzw. Restitutionsverständnis“ in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik	81
F. Rechtliche und tatsächliche Implikationen des Dualismus der Restitutionsansprüche	103

G.	Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse	133
----	---	-----

	<i>Zweiter Teil: Die Restitutionsgesetze im Lichte der gelebten Rechts- und Verwaltungspraxis – eine rechtshistorische Betrachtung.....</i>	<i>135</i>
--	---	------------

H.	Befehl der Sowjetischen Militäradministration Nr. 82/48 über die Rückgabe des durch den Nazistaat beschlagnahmten Eigentums an demokratische Organisationen vom 29. April 1948	136
----	--	-----

I.	Wiedergutmachungsgesetz Thüringen vom 14. September 1945	203
----	--	-----

J.	Gesetz betreffend Übertragung von Vermögenswerten der Provinz Sachsen-Anhalt an antifaschistisch-demokratische Organisationen vom 30. Mai 1947	265
----	--	-----

K.	Gesetzgeberische Bemühungen in den übrigen Ländern und Provinzen	283
----	---	-----

	Zusammenfassende Würdigung und Schlussbetrachtung	291
--	---	-----

	Bibliografie	297
--	--------------------	-----

	Dokumentenanhang	311
--	------------------------	-----

	Sachregister	353
--	--------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
 Einführung und Bestandsaufnahme	 1
<i>I. Bestandsaufnahme nach dem zweiten Weltkrieg</i>	<i>1</i>
<i>II. Stand der Forschung und eigenes Forschungsanliegen</i>	<i>4</i>
1. Forschungsstand und bisherige Forschungsschwerpunkte	4
2. Kritische Einordnung der bisherigen Forschung.....	6
3. Eigenes Forschungsanliegen	7
<i>III. Gang der Darstellung.....</i>	<i>8</i>
1. Erster Teil – Herausforderungen und Rahmenbedingungen	9
2. Zweiter Teil – Die Rückerstattung „arisierten“ Grundvermögens in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik.....	9
<i>IV. Sachliche, örtliche und zeitliche Eingrenzung</i>	<i>10</i>

<i>Erster Teil: Ideologische, gesellschaftspolitische sowie rechtliche Grundlagen, Rahmenbedingungen und Vorfragen ...</i>	11
A. Status jüdischer Gemeinden auf dem Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone bzw. der Deutschen Demokratischen Republik im Zeitraum 1918 bis 1945	11
I. 1919 bis 1933 – Jüdische Gemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts	12
II. 1933 bis 1945 – Systematische Entrechtung durch den NS-Gesetzgeber	13
1. Meilensteine der Enteignung.....	13
2. Ein Blick in die Grundbücher erleichtert die Rechtsfindung nicht....	15
B. Jüdische Gemeinden in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik	19
I. Stunde Null – als sich der Staub legte.....	19
II. Zentrale Aufgaben der jüdischen Gemeinden im Allgemeinen	22
III. Die jüdischen Gemeinden im Einzelnen.....	23
1. Die jüdische Gemeinde zu Dresden	23
2. Die jüdische Gemeinde zu Erfurt und der Landesverband Thüringen der jüdischen Gemeinden	25
3. Die jüdische Gemeinde zu Halle (Saale).....	26
4. Die jüdische Gemeinde Karl-Marx-Stadt (Chemnitz).....	27
5. Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig	28
6. Die Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg	29
7. Die jüdische Gemeinde Schwerin als Landesgemeinde Mecklenburg	30
8. Der Landesverband jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt	31
9. Der Verband der jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik	31
10. Nur vorübergehend bestehende jüdische Gemeinden	33
11. Zusammenfassender Überblick	34

IV. Sozialistisches Religionsverständnis und verfassungsrechtliche Umsetzung.....	36
1. Theoretische Grundlagen	36
2. Die Theorie in der politischen Praxis – Religionsgemeinschaften im „real existierenden Sozialismus“	39
C. Rechtssubjektivität der jüdischen Gemeinden – Quo vadis Körperschaftsstatus?	41
I. Verfassungsrechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften im Lichte der marxistisch-leninistischen Staatsrechtslehre.....	42
1. Die Länderverfassungen.....	42
a) Eine kurze historische Einleitung	42
b) Tatsächlicher Regelungsgehalt der die Religionsgemeinschaften betreffenden landesverfassungsrechtlichen Bestimmungen	43
2. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949.....	46
a) Rechtliche Qualität der verfassungsrechtlich verbürgten Rechte und Konsequenzen für die Bestimmungen betreffend Religionsgemeinschaften.....	47
b) Tatsächlicher Regelungsgehalt der die Religionsgemeinschaften betreffenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen	50
3. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1968.....	52
a) Verfassungsrechtliche Zementierung der Verfassungswirklichkeit	52
b) Bedeutung des Art. 39 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1968.....	54
4. Zusammenfassung.....	55
II. Rechtssubjektivität der Religionsgemeinschaften.....	56
1. Die „juristische Person“ im sozialistischen Rechtssystem	56
2. Gesellschaftliche Organisationen der Bürger – eine Abgrenzung.....	59
3. Zusammenfassende Bewertung.....	60
a) Erste Phase – Von 1945 bis zum Inkrafttreten der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949.....	60
b) Zweite Phase – Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 bis zum Inkrafttreten der Verfassung von 1968	61

c) Dritte Phase – ab dem Inkrafttreten der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1968 bis zum Ende der DDR	62
d) Conclusio.....	64
III. <i>Eigentum der Religionsgemeinschaften im System des „sozialistischen Eigentums“</i>	64
1. Die sozialistische Eigentumsordnung	65
a) Das sozialistische Eigentum	66
b) Das individuelle Eigentum	68
2. Das Eigentum der Religionsgemeinschaften.....	70
IV. <i>Zusammenfassung</i>	71
D. Neugründung oder Fortbestand – Rechtsnachfolge oder rechtliche Identität?	73
I. <i>Fortbestand und rechtliche Identität als Grundsatz</i>	73
II. <i>Rechtsnachfolge bei endgültig untergegangenen jüdischen Gemeinden</i>	76
E. Das spezifische „Wiedergutmachungs- bzw. Restitutionsverständnis“ in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik	81
I. <i>Aufbruch und (echter) Neuanfang</i>	82
II. <i>Licht und Schatten – eine Findungsphase</i>	84
III. <i>Exkurs – Nähere Betrachtung des Entwurfs einer Rückgabeverordnung sowie des entsprechenden Entwurfs eines Runderlasses der Deutschen Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone aus April 1946</i>	85
1. Hintergrund	85
2. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich des Verordnungsentwurfs	86
3. Verfahrenstechnische Ausgestaltung	87

4. Regelungsschwerpunkte des Verordnungsentwurfs	88
a) Maßnahmen zur Sicherstellung	88
b) Rückforderung vom Erwerber	89
c) Rückgabe ohne Rechtsanspruch – ein unumgängliches Gebot der Billigkeit?	92
5. Rechtliche Einordnung.....	93
a) Rechtliche oder tatsächliche Gründe stehen einer Regelung nicht entgegen.....	93
b) Konsequenzen der Verneinung eines Rechtsanspruchs.....	94
c) Die mutmaßlichen Motive des Ordnungsgebers.....	94
d) Regelungszweck der übrigen Schwerpunkte des Verordnungsentwurfs	95
e) Zusammenfassende Wertung.....	96
 IV. <i>Erste Nachkriegsjahre und Vorrang von Eigeninteressen</i>	96
 V. <i>Zonale Regelung durch Befehl der Sowjetischen Militär- administration Nr. 82/48 – der kleinste gemeinsame Nenner</i>	98
 VI. <i>Ein jähes Ende ohne Abschluss</i>	100
 F. Rechtliche und tatsächliche Implikationen des Dualismus der Restitutionsansprüche	103
 I. <i>Dualismus der Restitutionsansprüche</i>	103
 II. <i>Konkurrenzverhältnis von BGB und Spezialgesetzen</i>	103
1. Bestehen eines Normenkonflikts.....	105
2. Keine abschließende Lösung über den lex superior-Grundsatz	107
3. Vorrang der Spezialgesetze nach dem lex specialis- und lex posterior-Grundsatz.....	109
4. Zusammenfassung.....	111
 III. <i>Konkurrenzverhältnis der Spezialgesetze untereinander</i>	112
1. Kein Normenkonflikt unter den Landes- und Provinzialgesetzen....	113
2. Normenkonflikte zwischen den Landes- bzw. Provinzialgesetzen und „Zonenrecht“	113
a) (Völker-) Rechtliche Grundlagen	113
b) Übergang der Gesetzgebungsbefugnis auf die SMAD	115

c) Rechtliche Qualität der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration.....	118
d) Bestehender Normenkonflikt und dessen Auflösung	120
3. Das Verhältnis der SMAD-Befehle untereinander.....	122
a) Die kumulative Anwendung von SMAD-Befehlen im Kontext der „Einziehung und Verteilung“ ehemaligen NS-Vermögens ..	122
b) Eine skizzenhafte Zusammenfassung	123
c) (K)eine „Lösung“ der Konkurrenzproblematik	126
4. Bedeutung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik	127
a) Auswirkungen im Verhältnis zum Zonenrecht.....	127
b) Auswirkungen im Verhältnis zum Landes- und Provinzialrecht.....	128
 IV. Tatsächliche Hindernisse der Normenpluralität	129
 G. Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse	133
 <i>Zweiter Teil: Die Restitutionsgesetze im Lichte der gelebten Rechts- und Verwaltungspraxis – eine rechtshistorische Betrachtung.....</i>	<i>135</i>
 H. Befehl der Sowjetischen Militäradministration Nr. 82/48 über die Rückgabe des durch den Nazistaat beschlagnahmten Eigentums an demokratische Organisationen vom 29. April 1948	136
 I. Völkerrechtlicher Hintergrund als Ausgangspunkt der Betrachtung..	136
1. Wesentlicher Regelungsinhalt der Kontrollratsdirektive Nr. 50 vom 29.04.1947.....	137
2. Umsetzung der Kontrollratsdirektive Nr. 50 durch den SMAD-Befehl Nr. 82/48.....	139
a) Grundlegende regelungssystematische Abweichungen.....	140
b) Inhaltsgleiche Umsetzung	141
c) Inhaltlich abweichende Bestimmungen	141
3. Zusammenfassende Betrachtung.....	143

<i>II. Weitergehende Auseinandersetzung mit der Wiedergutmachungsfrage im Kontext des SMAD-Befehls Nr. 82/48.....</i>	143
1. Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Befehl Nr. 82/48.....	144
2. Wesentlicher Inhalt des Verordnungsentwurfes.....	144
3. Zusammenfassende Einordnung	146
<i>III. Die Rolle des SMAD-Befehls Nr. 82/48 im Gesamtkontext der Vermögensumverteilung.....</i>	147
1. „Das Volkseigentum ist unantastbar“.....	147
a) Ehemals jüdisches Vermögen als „öffentliches Vermögen der Organisationen“	148
b) Pauschale Erfassung ehemals jüdischen Vermögens durch die SMAD-Befehle Nr. 124/45 und Nr. 126/45.....	149
c) Bloß punktuelle Umsetzung im Falle der jüdischen Gemeinden.....	151
2. Rückgabe von zur Überführung in Volkseigentum bestimmten, aber noch nicht überführten Vermögenswerten	152
3. Abweichendes Verständnis nach dem Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des SMAD-Befehls Nr. 82/48 und dessen (fehlende) Bedeutung in der Praxis.....	154
4. Abgrenzung zu Fällen, die dem Zivilrecht unterfallen (sollten).....	156
5. Gesamtbetrachtung – die praktische Bedeutung des SMAD-Befehls Nr. 82/48	158
<i>IV. Die Regelungen des SMAD-Befehls Nr. 82/48 im Einzelnen.....</i>	161
1. SMAD-Befehl Nr. 82/48 als „Verteilungsregelung“ – zusammenfassende Einführung.....	161
2. Verfahrenstechnische Ausgestaltung	162
a) Vorgaben im SMAD-Befehl Nr. 82/48 selbst	162
b) Konkretisierung durch den DVO-E zu SMAD-Befehl Nr. 82/48.....	164
3. Antragsberechtigung des Verbandes jüdischer Gemeinden in der SBZ bzw. DDR	165
a) Regelung im SMAD-Befehl Nr. 82/48.....	165
b) Partielle Individualisierung des Antragsberechtigten durch § 3 des DVO-E zu SMAD-Befehl Nr. 82 – Der Landesverband jüdischer Gemeinden als Berechtigter.....	167
c) Reichweite der Antragsberechtigung.....	169

4. Beschlagnahme oder Enteignung als zentrale Anspruchsvoraussetzung.....	170
a) Abgrenzung zwischen „Beschlagnahme“ und „Enteignung“	171
b) Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen auf Ebene der jüdischen Gemeinden	171
c) Glaubhaftmachung des Vorliegens der Anspruchsvoraussetzungen	172
d) Zeitlicher Anwendungsbereich.....	174
5. Rechtsfolge.....	175
a) Abgrenzung zwischen „Rückgabe“ und „Übergabe“	175
b) „Rückgabe“ und „Übergabe“ im Sinne einer Eigentumsübertragung.....	176
c) Begünstigter der Rückgabe bzw. Übergabe.....	176
6. Erledigungsfrist	178
a) Praktische Herausforderungen.....	178
b) Rechtliche Qualität der Fristenregelung	180
c) Die gelebte Verwaltungspraxis in den Ländern.....	180
d) Gesetzgeberische Ungenauigkeiten und deren Konsequenz in der Praxis.....	183
7. Ungeregelte und ungeklärte Rechtsfragen	184
a) Werterhaltung und Wertveränderungen während der NS-Zeit... ..	184
b) Umgang mit Belastungen des Grundstücks.....	187
c) Eintragung von Widersprüchen in das Grundbuch.....	189
d) Beseitigung von Übertragungen nach dem SMAD-Befehl Nr. 82/48	191
e) Justiziabilität.....	196
 V. Zusammenfassende Betrachtung und Einordnung	198
1. Regelungsanliegen und Realität	198
2. Licht und Schatten der Rechts- und Verwaltungspraxis	199
3. Den Vorhang zu und alle Fragen offen?	200
 I. Wiedergutmachungsgesetz Thüringen vom 14. September 1945	203
I. Entstehungsgeschichte.....	204
II. Über die „Rettung“ des Thüringer Wiedergutmachungsgesetzes.....	207

III. Örtlicher, zeitlicher und persönlicher Geltungsbereich des Thüringer WGG	210
1. Örtlicher und zeitlicher Geltungsbereich	210
2. Persönliche Anspruchsberechtigung	211
a) Die Anspruchsberechtigung natürlicher Personen.....	211
b) Die Anspruchsberechtigung der Erben.....	212
c) Die Anspruchsberechtigung von Organisationen	213
IV. Die verfahrensrechtliche Ausgestaltung des Rückgabeverfahrens	215
1. Anmeldepflicht des Anspruchsprätendenten.....	216
a) Bestimmungen des Thüringer Wiedergutmachungsgesetzes.....	216
b) Parallelen und Unterschiede zu dem SMAD-Befehl Nr. 82/48..	218
2. Meldepflicht des „Ariseurs“	218
3. Sicherung des Wiedergutmachungsverfahrens.....	220
a) Beschlagnahme nach § 3 WGG.....	220
b) Konkurrenz zwischen Beschlagnahmen nach dem Thüringer WGG und nach den SMAD-Befehlen Nr. 124/45 und Nr. 126/45.....	222
c) Weitere Sicherungsmaßnahmen	223
4. Anmeldung nicht eingetragener Rechte Dritter.....	224
5. Justiziabilität – Die Schiedsgerichte für Wiedergutmachungssachen.....	225
a) Strukturelle Weichenstellung	226
b) Zuständigkeit der Schiedsgerichte.....	226
c) Zuständiges Schiedsgericht	227
d) Verfahrensprozessuale Kompetenzen der Schiedsgerichte	229
6. Einführung der Kassation in Wiedergutmachungssachen – Kassationsgesetz	230
a) Hintergrund der Einführung eines Kassationsverfahrens	231
b) Statthaftigkeit	232
c) Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen	232
d) Entscheidung des Kassationsgerichts	233
e) Reichweite des Kassationsgesetzes und zusammenfassende Würdigung.....	234
7. Zeitweiser Stillstand.....	236
V. Die Tatbestandsvoraussetzungen des Wiedergutmachungsanspruchs im Einzelnen.....	237
1. Vom Wiedergutmachungsgesetz erfasste Rechtsgüter.....	237
a) Der Rückgabeanspruch nach § 1 Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 1 WGG	238

b) Der Rückgabeanspruch nach § 1 Abs. 2 i. V. m. § 7 Abs. 1 WGG	238
2. Spezifische Verletzungshandlung	239
a) Staatlicher Eingriffsakt als spezifische Verletzungshandlung	239
b) Tatbestandliche Erfassung zivilrechtlicher Zwangsveräußerungsfälle	239
c) Parallelen zum SMAD-Befehl Nr. 82/48	241
3. Gesetzliche Anforderungen an die Rechtsgutverletzung nach der ursprünglichen Fassung des Wiedergutmachungsgesetzes	241
a) Der unbestimmte Rechtsbegriff der „Verwerflichkeit“	241
b) Zur Alternativität von „Wegnahme“ und „Zwangsveräußerung“	244
c) Zu der Bedeutung der verwerflichen Wegnahme „aus politischem Grund oder Anlaß“ im Sinne des § 1 Abs. 2 des Wiedergutmachungsgesetzes	246
d) Einordnung aus der Praxis und Ruf nach einer Gesetzesänderung	247
4. Gesetzliche Anforderungen an die Rechtsgutverletzung nach dem 1. Änderungsgesetz zum Wiedergutmachungsgesetz	248
a) Antrag der CDU vom 20.02.1947 als Ausgangspunkt der Gesetzesänderung	248
b) Politischer Gegenwind und die Suche nach einem Kompromiss	249
c) „Minimallösung“ als politische Realität	251
d) Rechtliche Konsequenzen der Gesetzesänderung	253
<i>VI. Rechtsfolge</i>	253
1. Gesetzlicher Rückkauf	254
2. Ausgleichspflicht für Wertveränderungen des Vermögenswertes ...	255
3. „Heranziehung“ Dritter zum Wiedergutmachungsverfahren	256
<i>VII. Konsequenzen der Aufhebung des Wiedergutmachungsgesetzes durch Gesetz vom 25.07.1952</i>	257
1. Rechtliche Herleitung der Aufhebung des WGG	258
2. Abschluss der Thüringer Sonderregelung nach dem Aufhebungsgesetz	259
<i>VIII. Praktische Bedeutung des Thüringer Wiedergutmachungsgesetzes für die jüdischen Gemeinden in Thüringen</i>	261
<i>IX. Zusammenfassende Betrachtung</i>	263

J.	Gesetz betreffend Übertragung von Vermögenswerten der Provinz Sachsen-Anhalt an antifaschistisch-demokratische Organisationen vom 30. Mai 1947	265
I.	<i>Originärer Regelungsansatz</i>	266
II.	<i>Wesentlicher Regelungsinhalt</i>	267
1.	Örtlicher Geltungsbereich, sachliche Zuständigkeit und formelle Anforderungen	267
2.	Persönliche Anspruchsberechtigung	268
3.	Schadensberechnung	269
a)	Zeitlicher und sachlicher Anwendungsbereich	269
b)	Vorgänger und ihre Nebenorganisationen als „Schadensermittlungssubjekte“	271
c)	Schadensbemessung und -Bewertung	272
4.	Sonderregelung zu Gunsten des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds	273
5.	Legalzession zu Gunsten der Provinz Sachsen-Anhalt im „Wiedergutmachungsfall“	274
III.	<i>Die (ungewollte) partielle Restitution der jüdischen Gemeinden</i>	275
1.	Eine kurze Umsetzungsphase	275
2.	Der weitere Gang der „Wiedergutmachung“ in Sachsen-Anhalt	276
3.	Außerrechtliche Gründe für das Scheitern der „Wiedergutmachung“	277
4.	Rechtliche Gründe für das Scheitern der „Wiedergutmachung“	278
IV.	<i>Zusammenfassende Einordnung</i>	280
K.	Gesetzgeberische Bemühungen in den übrigen Ländern und Provinzen	283
I.	<i>Das Mecklenburgische Rückgabegesetz vom 29. April 1948</i>	283
1.	Funktionale Einordnung	283
2.	Die Regelung im Einzelnen	284
a)	Verfahrensrechtliche Regelungen	284
b)	Materiell-rechtliche Regelungen	285
3.	Zusammenfassende Einordnung	286

<i>II. Die gescheiterte Gesetzgebung in Sachsen</i>	287
1. Das gescheiterte Gesetz über „die Rückführung der im Bereich der Landesverwaltung Sachsen entjudeten Vermögen“	287
2. Das gescheiterte Gesetz über „die Rückgabe widerrechtlich entzogener Vermögenswerte an antifaschistisch-demokratische Organisationen“	289
 Zusammenfassende Würdigung und Schlussbetrachtung	291
 Bibliografie	297
 <i>Literaturverzeichnis</i>	297
 <i>Archivverzeichnis</i>	309
1. Archiv des Centrum Judaicum	309
2. Bundesarchiv	309
3. Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar	309
 Dokumentenanhang	311
 <i>I. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland</i>	311
1. Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Beschlagnahme und die Übernahme einiger Eigentumskategorien vom 30. Oktober 1945 (SMAD-Befehl Nr. 124/45)	311
2. Befehl Nr. 126 des Obersten Chefs der Militäradministration in Deutschland zur Konfiskation des Eigentums der nationalsozialistischen Partei, ihrer Organe und der ihr angeschlossenen Organisationen vom 31. Oktober 1945 (SMAD-Befehl Nr. 126/45)	314
3. Befehl Nr. 97 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Schaffung einer Deutschen Zentralkommission für Beschlagnahme und Sequestrierung mit Ausführungsbestimmungen vom 29. März 1946 (SMAD-Befehl Nr. 97/46)	316

4. Befehl Nr. 154/181 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zur Übergabe des beschlagnahmten und sequestrierten Vermögens in den Besitz und die Nutznießung der deutschen Selbstverwaltungsorgane vom 21. Mai 1946 (SMAD-Befehl Nr. 154/181).....	317
5. Befehl Nr. 64 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zur Beendigung des Sequesterverfahrens vom 17. April 1948 (SMAD-Befehl Nr. 64/48)	319
6. Befehl Nr. 82 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Rückgabe des durch den Nazistaat beschlagnahmten Eigentums an demokratische Organisationen vom 29. April 1948 (SMAD-Befehl Nr. 82/48).....	321
7. Entwurf einer „Verordnung zur Durchführung des Befehls Nr. 82 über Rückgabe des durch den Nazistaat beschlagnahmten Eigentums an demokratische Organisationen“ vom 01. Juni 1948 ..	323
 <i>II. Verfassungsrechtliche Bestimmungen (Auszüge)</i>	 327
1. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 07. Oktober 1949.....	327
2. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 09. April 1968 in der Fassung vom 07. Oktober 1974	329
 <i>III. Landesrechtliche Bestimmungen</i>	 330
1. Thüringen	330
a) Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945 (WGG) ...	330
b) Durchführungsverordnung zum Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945 vom 24. September 1945 (1. DVO zum WGG)	335
c) Zweite Durchführungsverordnung zum Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945 vom 30. Juni 1945 (2. DVO zum WGG).....	337
d) Dritte Durchführungsverordnung zum Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945 vom 30. Oktober 1947 (3. DVO zum WGG)	337
e) Gesetz zur Einführung der Kassation in Wiedergutmachungssachen vom 24. März 1948 (Kassationsgesetz)	339
f) Gesetz zur Aufhebung des Wiedergutmachungsgesetzes vom 14. September 1945 vom 25. Juli 1952	340
2. Sachsen-Anhalt	342
3. Mecklenburg	345

<i>IV. Entwurf der Deutschen Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone für eine Verordnung betreffend die Rückgabe von Vermögensgegenständen, die durch das nationalsozialistische Regime den angeblich staatsfeindlichen Verbänden und Personen entzogen worden sind aus April 1946</i>	<i>348</i>
---	------------

Sachregister	353
--------------------	-----